

Wissen – Nachricht – Sensation

Zur Kommunikation zwischen Wissenschaft,
Öffentlichkeit und Medien

Herausgeben von Peter Weingart und Patricia Schulz

© Velbrück Wissenschaft, Weilerswist 2014

Das schwierige Verhältnis zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien

Einleitung von Peter Weingart und Patricia Schulz

Die Vermittlung komplexer wissenschaftlicher Erkenntnisse gegenüber der Gesellschaft, speziell der Politik und den Medien, birgt vielfältige Herausforderungen. Insbesondere bei der Veröffentlichung von Erkenntnissen, die auf mögliche problematische Entwicklungen hinweisen und ggf. sogar dringenden Handlungsbedarf erfordern, ist es nicht selbstverständlich, dass dies zum Anlass für eine sachliche Debatte wird. Der – vermeintliche oder tatsächliche – Handlungsdruck kann zu weitreichenden und problematischen (Fehl-) Entscheidungen mit nicht beabsichtigten Auswirkungen führen. Das ist besonders bei emotional besetzten Themen wie z.B. der »Vogelgrippe« oder dem anthropogenen Klimawandel zu beobachten. Gesellschaft und Politik, informiert und vermittelt durch die Medien, reagieren bei diesen Themen auf Warnungen oder gar Katastrophenszenarien oft sehr stark. Die Politik greift zuweilen (vor)schnell zu Maßnahmen, die sich rückblickend als wenig hilfreich erweisen. Neben der Dramatisierung können wissenschaftliche Erkenntnisse jedoch auch durch Medien und Politik unterschätzt oder heruntergespielt und notwendige Maßnahmen vernachlässigt werden (z.B. pathogene Mikroorganismen in Lebensmitteln). Die mediale Berichterstattung über Entwicklungen in der Forschung bzw. Erkenntnisse, die von großem öffentlichen (ggf. politischen und/oder wirtschaftlichem) Interesse sind, unterliegt Resonanzeffekten, die in konkreten Fällen eine unangemessene Verstärkung oder eine unangemessene Schwächung des Informationsgehalts bewirken. Sie können zu Reaktionen in der Öffentlichkeit (im weiteren Sinn die Zivilgesellschaft, die Kirchen, Verbände, Nichtregierungsorganisationen usw.), der Politik oder der Wirtschaft führen, die – aus der Sicht der Wissenschaft – der kommunizierten Information nicht entsprechen. Die Kommunikation wissenschaftlicher Informationen durch die Medien richtet sich offensichtlich nach den medialen Nachrichtenwerten und nicht nach den Kriterien der wissenschaftli-

chen Relevanz. Analog gilt, dass ihre Wahrnehmung und Umsetzung in der Politik deren Logik und nicht der Logik der Wissenschaft entspricht. Kurz gesagt: Die Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien ist problematisch.

Die Kommunikation ist in mehrfacher Hinsicht problematisch: im Hinblick auf die Qualität öffentlicher Deliberation als Bedingung einer aufgeklärten Demokratie, im Hinblick auf die Qualität politischer Entscheidungen, die darauf aufbauen, im Hinblick auf die Prozesse und Verfahren der Erkenntnisgewinnung, und schließlich im Hinblick auf die Aufklärungs- und Kontrollfunktionen der Medien. Zusätzlich kompliziert wird das Verhältnis dadurch, dass es sich um ein System von Wechselbeziehungen handelt, und nicht nur um eindimensionale und gradlinige Kausalitäten.

Aus der Perspektive der Demokratietheorie ist die Wissenschaft als Quelle gesicherten und rationalen Wissens die wichtigste Voraussetzung dafür, dass die Bürger sich informiert darüber verständigen können, wie sie ihre Interessen miteinander und mit den materiellen Gegebenheiten in Übereinstimmung bringen können. Diese Figur, die auf die Aufklärung zurückgeht, findet sich u.a. in Habermas' pragmatischem Modell der wissenschaftlichen Politikberatung, in dem Interessen und Werte einerseits und technische Möglichkeiten andererseits in einem iterativen Prozess aufeinander bezogen und aneinander angepasst werden (müssen) (Habermas 1968). Die verfassungsrechtliche Diskussion sieht für staatliches Handeln eine Rationalitätspflicht gegeben, die sowohl im Demokratieprinzip als auch im Rechtsstaatsprinzip angelegt ist (Schmidt-Assmann 2008: 19). Danach kann der Staat nicht willkürlich im Widerspruch zu geltendem wissenschaftlichem Wissen handeln. Die Rationalität staatlicher Entscheidungen ist eine Quelle der Legitimation neben der Delegation von Macht durch Wahlen. Dementsprechend bedarf er des Zugangs zu wissenschaftlichem Wissen, der nicht durch den Einfluss von partikularen Interessen verfälscht sein sollte.

Der Zugang der Politik zu Wissenschaft ist jedoch nicht unproblematisch. Im politischen Kontext hat wissenschaftliches Wissen potentiell legitimierende oder de-legitimierende Wirkung. Die Politik hat aus dem Grund immer ein latentes (oder gar manifestes) Interesse daran, die Kommunikation dieses Wissens, ihre Form und ihren Zeitpunkt sowie die Interpretation der politischen Implikationen des Wissens zu kontrollieren. Dem steht das Interesse der Wissenschaftler entgegen, mittels ihres Wissens Einfluss auf die Gestaltung der Politik zu gewinnen. Sie haben in jedem Fall das Interesse, die Kontrolle über das Erscheinen und die Interpretation ihres Wissens zu behalten. Ersteres ist gar als Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit (Art 5, 3 GG) geschützt. Beratungsverhältnisse als eine Form der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik sind folglich als ›Konkurrenz um Deutungshoheit‹ zu verstehen. »Es geht beiden Seiten um die Definitivität« (Weingart/Lentsch 2008: 39). Aus dieser Konstellation ergibt sich,

dass es eine Kommunikation des wissenschaftlichen Wissens in ›objektiver‹ Form kaum geben kann, sondern immer nur in einer ›verhandelten‹ Form. Es kommt zu Übertreibungen und Dramatisierungen oder Unterlassungen und Verschweigen. In jedem Fall herrscht der ›interessierte‹ Umgang mit dem Wissen vor, und zwar sowohl von Seiten der Politik als auch von Seiten der Wissenschaft.

Analoge Überlegungen gelten für die Kommunikation wissenschaftlichen Wissens an die Öffentlichkeit. Auch in diesem Kontext hat sich wissenschaftliches Wissen zu einer wichtigen Ressource entwickelt, unterliegt seine Kommunikation folglich strategischen Kalkülen. Aus der Perspektive der Wissenschaft ist die Öffentlichkeit schon immer ein wichtiges Publikum gewesen: ihr Interesse und ihre Zustimmung versprochen bereits in der Frühzeit der modernen Wissenschaft das Wohlwollen der absolutistischen Regime. In den modernen Demokratien ist das Kalkül der ›öffentlichen Akzeptanz‹ noch direkter auf deren Umsetzung in Wählerstimmen gerichtet, die die Voraussetzung für die Finanzierung von Forschung sind. Die dadurch begünstigte Orientierung der Wissenschaft an der Zustimmung der Öffentlichkeit wird seit ein paar Jahrzehnten erheblich dadurch bestärkt, dass die Rechenschaftslegung zu einer demokratisch legitimierten Erwartung der Politik gegenüber der Wissenschaft geworden ist. Die ursprünglich als demokratisches Transparenzgebot deutbare Rechenschaftslegung ist allerdings – nicht zuletzt unter dem Einfluss des ›new public management‹ – zu einem Selbstdarstellungsmandat der Wissenschaft, ihrer Institutionen und individuellen Akteure korrumpiert. Statt der ›wahrheitsgemäßen‹ Berichterstattung haben sich PR-Experten der Aufgabe bemächtigt und betreiben persuasive Kommunikation – Werbung, die von derjenigen für kommerzielle Produkte und Firmen ununterscheidbar wird (Grande et al. 2013: 35ff., sowie die Beiträge von Marcinkowski et al. und Blöbaum et al. im selben Band). Die Werbung für die Organisationen der Wissenschaft – Universitäten und Forschungseinrichtungen – soll deren Image im Konkurrenzkampf untereinander in besonders günstigem Licht erscheinen lassen. Welche Auswirkungen die Anwendung der in einer ganz anderen Welt entwickelten Mittel tatsächlich auf die Wahrnehmung der Organisationen in der Öffentlichkeit haben, bleibt noch zu erforschen.

Aber nicht nur Organisationen, sondern auch Wissenschaftler sehen sich den Erwartungen an öffentlicher Kommunikation gegenüber gestellt. Die Bereitschaft zur Kommunikation für und mit der Öffentlichkeit, die Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts unter Wissenschaftlern noch verbreitet war und sich in den Auflagenhöhen populärwissenschaftlicher Schriften niederschlug, hat im vergangenen Jahrhundert zunächst deutlich abgenommen. Deshalb hat es die Politik unternommen, den sog. ›outreach‹ zu einem Evaluierungskriterium für Wissenschaftler zu machen, also Anreize für die Kommunikation mit der Öffentlichkeit zu schaffen. Es kann kaum überraschen, dass Wissenschaftler in der medialisierten Gesellschaft und unter den Bedingungen ständiger Ressourcen-

knappheit diese Anreize annehmen und die Aufmerksamkeit der Medien für ihre eigenen Forschungen, ihre Disziplin oder die Wissenschaft als Ganze zu gewinnen suchen. Da die an den Nachrichtenwerten orientierten Medien Prominenz verleihen und ihr zugleich bevorzugte Aufmerksamkeit schenken, nutzen einige Wissenschaftler diese Konstellation primär zur persönlichen Selbstdarstellung und werden zu ›sichtbaren Wissenschaftlern‹ (Goodell 1977; Dunwoody 2008). Dass dies gegen die Normen der Wissenschaftsgemeinde verstößt und sie feine Unterschiede zwischen Eigenwerbung und Werbung für ›die Sache‹ (das Forschungsgebiet, die Disziplin) macht, ist hinreichend belegt (Rödter 2009).

In diesem Kontext kommt es zu spezifischen Selektionen. In den Medien wird vorrangig über solche Disziplinen und solche Forschungsergebnisse berichtet, die für ein breites Publikum besonders relevant (z.B. Gesundheit, Medizin) oder besonders faszinierend (z.B. Astronomie) sind, während andere Gebiete marginalisiert werden. Ebenso üben wissenschaftliche Kontroversen eine besondere Anziehungskraft auf die Aufmerksamkeit der Medien und damit der Öffentlichkeit aus, mit der Folge, dass Minderheitenpositionen in der Forschung in der massenmedialen Darstellung eine Bedeutung erhalten, die sie in der innerwissenschaftlichen Diskussion nicht haben. Die Klimaforschung ist hierfür ein einschlägiges Beispiel. Allerdings kann die mediale Aufmerksamkeit, durch die es zur Politisierung (im Sinne einer Ideologisierung und Emotionalisierung) kommt, die innerwissenschaftliche Mehrheitsmeinung auch dann noch stützen und abweichende Meinungen ausblenden, wenn sich diese als richtig erwiesen haben (so geschehen im Fall des ›Waldsterbens‹). Diese Politisierung kann also auf den innerwissenschaftlichen Diskussionsprozess durchschlagen, es kann zu einseitigen Interpretationen wissenschaftlicher Erkenntnisse und zu Schlussfolgerungen kommen, bei denen widersprüchliche Befunde ignoriert oder deren Veröffentlichung sogar behindert wird, ebenso wie umgekehrt zur Überbewertung von Positionen, die innerhalb der Wissenschaft als marginal gelten. Vereinfachte oder verzerrte Darstellung des innerwissenschaftlichen Diskussionsprozesses kann auch die Glaubwürdigkeit der Forschung beschädigen. Inwieweit der Erkenntnisprozess durch die mediale Berichterstattung, die selektive Zuschreibung von Prominenz oder die Politisierung der Öffentlichkeit tatsächlich beeinträchtigt wird, oder die Wirkungen der Medienaufmerksamkeit ›nur‹ auf die Darstellung der Wissenschaft beschränkt bleiben, ist umstritten und noch nicht hinreichend systematisch erforscht (siehe die Beiträge von Peters, Rödter und Weingart in Rödter/Franzen/Weingart 2012).

Politisierung und Medialisierung der Wissenschaft werden besonders dann problematisch, wenn sie den besonderen Autonomieanspruch der Wissenschaft gegenüber den anderen gesellschaftlichen Teilsystemen einschränken. Wissenschaft, die politischer oder ökonomischer Kontrolle unterworfen wird, kann nicht effektiv dem Wahrheitscode entsprechend operieren. Die Freiheit der Wissen-

schaft ist seit der Aufklärung als Grundrecht in vielen Verfassungen demokratischer Staaten verankert. Historisch ist das Grundrecht der freien Lehre aus dem der Meinungsfreiheit hervorgegangen. Freie Presse und freie Wissenschaft gelten als zentrale Elemente jeder Demokratie. Sie sind Kontrollen der Macht, indem sie deren missbräuchliche Ausübung in Gestalt der Verbreitung von Unwahrheiten und der Manipulation von Informationen offenlegen. Die politische oder ökonomische Instrumentalisierung von Wissenschaft und Medien stehen dem jedoch entgegen. Die ökonomische Abhängigkeit sowohl der Medien als auch der Wissenschaft ist längst Realität. Was das für die tatsächliche Effektivität der Kontrollfunktionen bedeutet, ist nicht wirklich klar. So bleibt ungewiss, ob die öffentliche Diskussion wissenschaftlichen Fehlverhaltens auf ein Versagen der innerwissenschaftlichen Kontrollen und eine dementsprechende Steigerung solcher Fälle zurückzuführen ist, oder auf die verstärkte Aufmerksamkeit der Medien und ihr Interesse an Skandalisierung.

Demokratische Gesellschaften müssen jedoch ein Interesse daran haben, dass Medien und Wissenschaft unabhängig sind. Nur dann sind sie in der Lage, ihre Funktion der Aufklärung zu erfüllen und auf diese Weise die Usurpation der Macht durch starke Interessen zu kontrollieren oder auch irrationale, durch Ideologien geprägte politische Entscheidungen zu verhindern. In dieser Funktion sind Wissenschaft und Medien aufeinander verwiesen, denn die Wissenschaft kann ihre aufklärende Rolle nur dann erfüllen, wenn das relevante Wissen in geeigneter Form an die Öffentlichkeit kommuniziert wird, so dass diese zu einer aufgeklärten Meinungsbildung in der Lage ist. Die besonderen Anforderungen, die diese Aufgabe an die Medien stellt, können nur erfüllt werden, wenn es einen Journalismus von hoher Qualität gibt. Gerade dessen Existenz ist jedoch zur Zeit durch die Kommerzialisierung einerseits und die Konkurrenz durch Gratisangebote aus den »neuen Medien« andererseits bedroht. Welche Funktion die neuen Medien in diesem Kontext in Zukunft spielen werden, ob sie zu einer Trivialisierung und Erosion der Printpresse oder zu einer verstärkten Partizipation der Öffentlichkeit führen werden, ist noch ungewiss. In jedem Fall werden die Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse an die Öffentlichkeit, ihre Vermittlung durch die Medien und umgekehrt die Vermittlung der Erwartungen der Öffentlichkeit an die Wissenschaft zu einem Problem ersten Ranges.

Die hier angeschnittenen Fragen sind Gegenstand der folgenden Beiträge. Sie sind im Kontext der Arbeitsgruppe »Zum Verhältnis von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien« entstanden und decken vier Themengebiete ab. Im ersten Teil, »Konkurrenz um Aufmerksamkeit und Folgen für die Wissenschaft«, beschreibt Martina Franzen die Effekte von Medialisierung auf das wissenschaftliche Kommunikationssystem am Beispiel der prominenten Zeitschriften »Science« und »Nature«. Simone Rödder zeigt, wie öffentliche Aufmerksamkeit und Prominenz sich auf die wissenschaftliche Reputation sichtbarer Forscher auswir-

ken. Im zweiten Teil, »Rahmenbedingungen«, beleuchtet Mike Schäfer die externen Einschränkungen, denen die Kommunikation von Forschungsergebnissen unterworfen ist. Gabriele Siegert beschreibt die Effekte von Werbemarkt und Kundenforschung auf redaktionelles Verhalten und Themenwahl in Hinblick auf Wissenschaftsberichterstattung. Frank Lobigs analysiert die derzeitigen Veränderungen im Medienmarkt und fragt nach zukünftigen Finanzierungsmodellen von Qualitätsjournalismus. Im dritten Teil, »Erfolg und Scheitern der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit«, werden drei Fallstudien vorgestellt. Birgit Metzger und Roland Wagner rekapitulieren den Diskurs um das Waldsterben, Tabea Schönbauer beschreibt die deutsche Stammzelldebatte und Patricia Schulz vergleicht die Diskussionen um Klimawandel und Evolutionstheorie in den USA. Im vierten Teil, »Neue Perspektiven auf die Wissenschaftskommunikation«, gibt Christoph Neuberger einen Überblick über die Kommunikation von Wissenschaft und Öffentlichkeit über soziale Medien. Simone Rödder beschreibt das Science Media Center als mögliche neue Organisation der Wissenschaftskommunikation. Abschließend fragen Peter Weingart, Otfried Jarren, Heidi Blattmann, Ulrich Schnabel und Holger Wormer nach der Kontrollfunktion, die die Medien unter gegenwärtigen und zukünftigen Bedingungen gegenüber der Wissenschaft ausüben können.